

A. Leitantrag

**A.1.2. Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten,
Beschäftigte schützen!**

Beschluss der 3. Tagung des 16. Landesparteitages am 5. November 2022 in Löbau

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen beschließt:

Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten, Beschäftigte schützen!

1
2
3
4 *Von Krise zu Krise – politische Handlungsfähigkeit herstellen!*
5
6 Seit nunmehr über anderthalb Jahrzehnten jagt eine Krise die nächste. Von der Banken- und Eurokrise
7 über die Coronakrise, von Kriegen und Bürgerkriegen – inzwischen auch in Europa – bis hin zu den damit
8 verbundenen Folgen. Beispielhaft seien hier die massenhaft erzwungene Migration von Menschen aus
9 dem Nahen Osten oder die aktuellen wirtschaftspolitischen Verwerfungen infolge unserer fossilen
10 Abhängigkeit von russischem Gas und Öl genannt, an denen deutlich wird, dass die richtigen Antworten
11 noch nicht gegeben wurden. Das große Mantra des neoliberalen Kapitalismus in den vergangenen
12 Jahrzehnten lautete „privat vor Staat“: Die Aufgaben des Staates, allem voran das Bereitstellen
13 öffentlicher Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen, könne der Markt, könne die „freie Wirtschaft“,
14 viel kostengünstiger, effizienter und effektiver, kurzum in allen Belangen besser, leisten. Die Krisen zeigen
15 uns: Wo wir als Gesellschaft das Heft des Handelns zugunsten von Märkten aus der Hand geben, wird die
16 Demokratie handlungsunfähig.
17
18 Die aktuellen gesellschaftspolitischen Verwerfungen verschärfen die sozialen Ungerechtigkeiten und
19 legen wie unter einem Brennglas die Missstände in unserer Gesellschaft frei. Wir sitzen nicht alle im
20 selben Boot – im Gegenteil. Insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen und besonders
21 schutzbedürftige Gruppen, wie zum Beispiel Frauen*, Migrant*innen/Geflüchtete, LGBTQI oder
22 Menschen mit Behinderungen, spüren die Folgen kapitalistischer Ausbeutung, Krieg und Verfolgung,
23 Umweltkatastrophen und den rapiden Abbau sozialer und sicherer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Hinzu
24 kommt die spürbare Unsicherheit angesichts des Krieges in Europa und die (heute) noch nicht
25 absehbaren Folgen.
26 Ja, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind immens. Wir kämpfen für das Recht auf Energie,
27 gegen Stromsperrern, Mietenwahnsinn und Wohnungsnot, gegen die Privatisierung wichtiger Grundrechte
28 wie medizinische Grundversorgung und Unversehrtheit sowie gute Arbeit für alle.
29
30 Wie groß die Herausforderungen sind, zeigt sich am deutlichsten mit Blick auf die Klimakrise und deren
31 Bewältigung, die wohl existenziellste Zukunftsfrage unserer Zeit. Nie war ein handlungsfähiger Staat
32 notwendiger, um die Voraussetzungen für einen sozialökologischen Umbau zu schaffen. Die Krise der
33 Energieabhängigkeit stellt uns immer stärker in die Verantwortung, den sozial-ökologischen Umbau in
34 eine Politik zu übersetzen, die allen Menschen zugutekommt. Für ein Leben in Menschenwürde für alle
35 braucht es: eine gerechte Verteilung der Krisenkosten und Zukunftsinvestitionen in einen konsequent
36 klimaneutralen Umbau der gesamten Wirtschaft. Die zentrale Aufgabe dabei ist die Verringerung des
37 Rohstoffdurchsatzes der Produktion und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die LINKE stellt
38 sich dieser Aufgabe.
39
40
41 *Was der Markt nicht regelt, muss der Staat regeln*
42
43 Wir sind nicht bereit, den notwendigen Umbau der Produktion allein durch die Zauberhand der Märkte
44 abzuwarten, um dann die Härten, die daraus entstehen, sozialstaatlich abzufedern. Die Fragen sind: Was
45 wird produziert, wer produziert es, ist es nachhaltig, wer profitiert davon und wie ermöglichen wir allen in
46 Sachsen lebenden Menschen ein gutes Leben, frei von Armut? Märkte und Marktbedingungen fallen nicht

47 vom Himmel, sondern werden politisch gemacht. Linke Politik heißt für uns, im Sinne der Menschen
48 handeln, nicht der Märkte.

49
50 Sozialökologische Transformation braucht deshalb einen handlungsfähigen und handlungswilligen
51 demokratischen Staat! Stattdessen erschöpft sich die Wirtschafts-, Struktur-, Energie- und Klimapolitik
52 der schwarz-grün-roten Landesregierung in Sachsen in lauwarmen Absichtserklärungen, die häufig noch
53 nicht einmal finanziell untersetzt sind. Dazu kommen die ohnehin schon massiven Problemlagen durch
54 Demokratieabbau, tiefe soziale Unterschiede, Armutfragen und ein massives erstarken rechter
55 politischer Kräfte. Diese fatale Gemengelage ist die Folge falscher Politik in Sachsen sowie einer
56 konservativen Bewahrungskultur, die am Ende vor allen die Schwächsten in unserer Gesellschaft
57 ausbaden müssen.

58
59 Bei der Energiewende und dem Ausbau der Erneuerbaren wird von Seiten der CDU kräftig blockiert, um
60 dann mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Der Ministerpräsident erklärt die Energiewenden für
61 gescheitert, um die Verlängerung der Atom- und Kohleverstromung zu fordern. Das lehnen wir
62 entschieden ab!

63
64 Transformation kann nur gelingen, wenn die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen so
65 gesetzt werden, dass der Großteil der Bevölkerung davon im Lebensstandard profitiert. Geschieht dies
66 nicht, öffnet eine Klimapolitik ohne sozialen Ausgleich Tür und Tor für ihre eigene Rückabwicklung. Oder
67 wie es der ermordete brasilianische Gewerkschafter Chico Mendes formulierte: „Klimaschutz ohne
68 Klassenkampf ist nur Gärtnern!“. Wir ergänzen: Wem die soziale Frage nur dann einfällt, wenn mit
69 Verweis darauf Klimaschutz verhindert werden kann, vergeht sich an unserer Zukunft.

70
71
72 *Ein krisenfester Arbeitsmarkt für alle, die in Sachsen leben!*

73
74 Die große Krise unserer Zeit hat mehrere Dimensionen, die allesamt berücksichtigt werden müssen. Sie
75 ist für DIE LINKE zuallererst sozial. Das heißt, dass sie in Sachsen auf eine Bevölkerung trifft, die im
76 Bundesvergleich überdurchschnittlich arm und überdurchschnittlich schlecht entlohnt ist. 30 Jahre nach
77 der Wende heißt das: 81,5% vom Westlohn. Hinzu kommen die Ungleichheit der Geschlechter in Folge
78 nicht nur vor allem weiblicher Beschäftigten im Niedriglohnbereich, sondern eine weiterhin völlig
79 unerklärliche Lohnlücke zwischen Männern* und Frauen*.

80
81 Wir sagen deshalb: Gleiche Löhne und Renten für gleiche Arbeit und gleichwertige Arbeit - egal ob im
82 Ruhrpott oder in der Lausitz!

83
84 Der Arbeitsmarkt befindet sich auf dem Weg in die Rezession. Während auf der einen Seite kein*e
85 Handwerker*in mehr zu bekommen ist, steigt aufgrund der ökonomischen Großwetterlage die
86 Arbeitslosigkeit und damit das Abschieben in die Gängelei des Hartz-4 Systems oder den umetikettierten
87 Ampelvorschlag des Bürgergeldes. Beides bedeutet Menschen ins gesellschaftliche Abseits zu stellen,
88 anstatt ihnen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe zu gewähren. Das ist nicht hinnehmbar. Wir
89 brauchen alle und alle Ideen, Kräfte und Innovationen für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft in
90 Sachsen.

91
92 Die Krise ist im Weiteren strukturell: Der sozial-ökologische Umbau braucht jede Hand – von den
93 Selbstständigen, den Menschen in Pflege- und Sozialberufen, den vielen kleinen und mittelständischen
94 Unternehmen in Sachsen bis hin zu richtungsweisenden öffentlichen Investitionen, um einen nachhaltigen
95 Umbau unserer Gesellschaft voranzubringen. Dazu gehört auch die Frage danach, wie wir den
96 Strukturwandel sozial(er) gestalten, mit den betroffenen Regionen und Seite an Seite mit den Menschen,
97 die diesen mitgestalten.

98
99 Es braucht gesellschaftliche und ökonomische Wertschätzung jener Arbeit, die für unsere Gesellschaft
100 genauso wertvoll ist wie die Arbeit am Fließband oder im Kleinbetrieb. Die Erzählung der
101 Dienstleistungsgesellschaft darf weder dazu dienen diese Beschäftigten abzuwerten, noch jene weitere
102 unbezahlte und unsichtbare Arbeit verrichten zu lassen, die sich um Angehörige und Familienmitglieder
103 sorgen. Hier braucht es eine linke Politik, die nicht nur soziale Schieflagen im Blick hat, sondern auch
104 bestehende Geschlechterungerechtigkeit bekämpft. Wir setzen uns für einen gezielten Abbau
105 geschlechtsspezifischer Unterschiede ein, die sich insbesondere in der Entlohnung und Anerkennung der
106 Arbeitsverhältnisse widerspiegelt. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, das Ende des
107 Gender Pay Gaps sowie die gesellschaftliche Aufwertung von Sozial- und Pflegeberufen sind dafür

108 unabdingbar. Der Dienstleistungs- und Niedriglohnsektor ist vor allem weiblich dominiert. Damit muss
109 Schluss sein.

110
111 Die sächsische Industriearbeiter*innenschaft ist im Besonderen durch die ökologische Transition
112 bedroht. Der Automobilssektor beschäftigt rund 95.000 Arbeitnehmer*innen und bildet das Rückgrat der
113 sächsischen Exporte. Die allgemeine Entwicklung der Branche bedroht ohnehin die rund 800
114 Zuliefererbetriebe, weil im Zuge der Umstellung auf E-Antrieb vormals ausgelagerte Jobs wieder
115 automatisiert in den Kernbetrieb zurückkehren werden. Die Behauptung der Landesregierung, in naher
116 Zukunft werde jedes vierte europäische E-Fahrzeug aus Sachsen kommen, steht der harten Realität
117 gegenüber, dass die Belegschaften vor allem in der Zulieferindustrie vor einer ungewissen Zukunft
118 stehen. Krisen drängen immer als erstes die kleinen Anbieter*innen aus dem Markt. Dazu gesellt sich in
119 diesem Fall noch die technologische Stoßrichtung der Branche. Der Organisationsgrad der Beschäftigten
120 in Gewerkschaften in Sachsen insgesamt, und damit deren Verhandlungsmacht in Tarifverhandlungen, ist
121 seit mindestens 20 Jahren rückläufig. Hier will die sächsische LINKE gegensteuern: Mit
122 allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen, mit Industriepolitik, mit Investitionen, mit der massiven
123 staatlichen Förderung der Ausbildung für die Berufe, die in den nächsten Jahren die Photovoltaik-Anlagen
124 auf die Dächer und Felder bauen und unsere Alten im Pflegeheim pflegen sollen.

125
126 Derzeit schiebt der Freistaat Sachsen Menschen ab und diskutiert gleichzeitig darüber, wie man
127 Arbeitskräfte anwerben kann – dieser Zynismus ist kaum zu überbieten. Wir fordern, dass unsere
128 Nachbar*innen, egal wie ihre Biografie aussieht, in die Lage versetzt werden am gesellschaftlichen Leben
129 demokratisch und ökonomisch teilzuhaben. Sei es durch Bleiberecht, Arbeitserlaubnis oder politisches
130 Asyl. Nach Sachsen gehören alle, die nach Sachsen gehören wollen.
131 Im Zuge der Veränderungen des Arbeitsmarktes muss aus unserer Sicht heraus dringend alles dafür
132 getan werden, einen deutlich inklusiveren Arbeitsmarkt zu bekommen und mehr Menschen mit
133 Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Alle dementsprechenden
134 Anstrengungen sind daher deutlich zu unterstützen.

135
136

137 *Nachhaltige Industrie fördern, Importabhängigkeit verringern!*

138
139 Das Versagen der sächsischen Politik im energetischen Umbau ist offensichtlich: Die bereits vorhandene
140 Solarindustrie wurde durch fehlende Fördermittel abgewürgt, die Arbeitsplätze sind vernichtet.
141 Mittlerweile warten wir für die Installation von Photovoltaikanlagen auf chinesische Importe, während
142 potentielle Arbeitgeber*innen wie INTEL den geplanten sächsischen Standort in Dresden fallen lassen,
143 weil es nicht genug Wind- und Solarenergie gibt um den Zukunftsbedarf an erneuerbaren Energien zu
144 decken. Währenddessen beschließt die Landesregierung unter Einschluss von Grünen und
145 Sozialdemokraten die Erhöhung der Abstandsgebote für Windenergieanlagen. Das ist nichts anderes als
146 eine Absage an eine nachhaltige Zukunft. Im aktuellen Haushalt vermindert die Koalition die Mittel für die
147 Förderung von Mikroelektronik jährlich bis 2024, während Taiwan, welches 53 % der global verbauten
148 Chips herstellt, in einen geopolitischen Konflikt mit China schlingert. Wer von Energieunabhängigkeit
149 reden will, kann von den dafür notwendigen Industriestrukturen und Lieferketten nicht schweigen.

150
151 Krise und Inflation führen zu einer fallenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Das ist Gift für die kleinen
152 Produzent*innen sowie für das Handwerk, insbesondere im Bereich der Nahrungsmittelproduktion. Wer
153 weniger in der Tasche hat, kauft sein Gemüse nicht mehr auf dem Wochenmarkt sondern im Discounter
154 und verschiebt die langsam notwendige Reparatur am Häuschen lieber noch um ein paar Jahre. Seit
155 mindestens der Mitte des letzten Jahrhunderts ist klar, dass der einzige Weg aus einem Nachfragerloch
156 staatliche Investitionen sind - wenn die Nachfrage sinkt, investiert kein*e Unternehmer*in und die
157 Haushalte leben in Angst vor ihren kommenden Gas- und Stromabrechnungen. Und die ist angesichts der
158 aktuellen Energiekrise mehr als real. Viele private Haushalte, Menschen in ohnehin schon prekären
159 Lebensverhältnissen werden über die Maßen von den Teuerungen betroffen sein und viele stehen
160 sinnbildlich schon mit einem Bein auf der Straße. Hier braucht es konkrete Maßnahmen um
161 Verbraucher*innen zu entlasten und Strategien um Energiearmut nachhaltig zu bekämpfen.
162 Freistaat und Kommunen bringen zusammen den Löwenanteil des investierten Geldes im Freistaat auf
163 und hätten dort, wenn wir öffentliche Vergabe an soziale und ökologische Anforderungen koppeln und
164 gleichzeitig die bürokratischen Hürden senken, einen riesigen Hebel die Arbeitswelt zum Besseren zu
165 verändern. Kein staatlicher Euro darf an Unternehmen gehen, die schlechte Löhne zahlen und nicht
166 nachhaltig wirtschaften. Der Freistaat muss seine Investitionen an einer regionalisierten
167 Mittelstandsstrategie ausrichten – was wir hier produzieren können, muss hier produziert werden. Dazu
168 muss der Freistaat den Schuldenbremsenfetisch überwinden und einsehen, dass ein industrieller Wandel

169 nicht von selbst kommt, sondern, wie mittlerweile sogar der BDI argumentiert, staatlich angestoßen
170 werden muss. Unternehmen können sehr gut um Profite konkurrieren – den Rahmen dafür, dass sie das
171 auf nachhaltige Weise und nicht auf dem Rücken der Beschäftigten tun, muss der Staat schaffen.
172

173
174 *Schluss mit Schuldenbremse und Niedriglohn – Das gute Leben braucht Infrastruktur und öffentliches*
175 *Eigentum!*
176

177 Mit der schwarzen Null kann man nur den Niedergang verwalten. DIE LINKE fordert Investitionen nicht,
178 um die Profite stabil zu halten, sondern um die Produktion dessen zu erhalten und zu fördern, was uns ein
179 gutes Leben sichert. Es gilt: Wo staatliches Geld rein fließt, muss staatliches Eigentum,
180 Belegschaftseigentum oder öffentliche Infrastruktur entstehen. Die Untätigkeit des Freistaates in Bezug
181 auf alternative Energiequellen bedroht mittlerweile zehntausende Arbeitsplätze: Es sind die Unternehmen
182 und der DGB die kritisieren, dass die Wasserstoffstrategie in Sachsen ausschließlich aus
183 Absichtserklärungen besteht oder mit Taschengeld unterlegt ist. Was wir brauchen: Öffentliche
184 Infrastruktur für Transport, Energie, Wasser und ein für die Bürger*innen lebenswertes Dasein in Stadt
185 und Land.
186

187 Sachsen als Niedriglohnland muss endlich der Geschichte angehören. Karl Marx schreibt: „Es muss doch
188 etwas faul sein im Innersten eines Gesellschaftssystems, das seinen Reichtum vermehrt, ohne sein Elend
189 zu verringern.“ Dies gilt im Besonderen für eine Zeit, in der Krisengewinner*innen sich die Taschen
190 vollstopfen, während die kleinen Leute nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Wir
191 fordern: Belegschaftseigentum, Tariflöhne, eine weitsichtige Wirtschaftsförderung und die Einhaltung
192 ökologischer Produktionskriterien.
193

194 Krisenfest ist nur, wer nicht vor jeder Kapitalbewegung an den internationalen Märkten zittern muss. Wir
195 haben das Knowhow, die Menschen und die Technologie – zwingen wir die herrschende Politik endlich,
196 sich für eine Wirtschaftspolitik im Sinne der Bevölkerung, der kleinen und mittelständischen
197 Unternehmen und vor allem der Beschäftigten stark zu machen. Wirtschaften ist kein Selbstzweck,
198 sondern die Grundlage dessen, dass Jede*r gut und würdig leben kann – dafür steht DIE LINKE!

Entscheidung des Landesparteitages:

bei 5 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen